

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Herausgegeben von Peter Steinbach
und Johannes Tuchel

Zur Erinnerung an
Klaus Megerle

* 1. 2. 1943 † 17. 1. 1994



Akademie Verlag

A 94 - 02595

<i>II. Widerstand aus der Arbeiterbewegung</i>	107
KLAUS-MICHAEL MALLMANN Kommunistischer Widerstand 1933–1945 Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten	113
HARTMUT MEHRINGER Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand	126
MICHAEL SCHNEIDER Gewerkschaftlicher Widerstand 1933–1945	144
MICHAEL KIßENER »Nach außen ruhig, nach innen lebendig« Widerstand aus der katholischen Arbeiterschaft	153
<i>III. Widerstehen aus christlichem Glauben</i>	165
GÜNTHER VAN NORDEN Die Barmer Theologische Erklärung und ihr historischer Ort in der Widerstandsgeschichte	170
HEINZ HÜR TEN Katholische Kirche und Widerstand	182
BRIGITTE OLESCHINSKI Religiöse Gemeinschaften im Widerstand	193
<i>IV. Widerstand aus politischen Grundüberzeugungen</i>	203
HORST R. SASSIN Liberalismus und Widerstand	208
EKKEHARD KLAUSA Politischer Konservatismus und Widerstand	219

Gewerkschaftlicher Widerstand 1933–1945

Wohl selten hat ein Regime einen stärkeren Kult der Arbeit und des arbeitenden Menschen betrieben – und zugleich die Arbeiterschaft dermaßen politisch entmachtet: Der nationalsozialistische Staat schüchterte die Arbeiterschaft ein, beraubte sie binnen weniger Monate ihrer politischen und gewerkschaftlichen Vertretung – aber er umwarb sie mit einer geradezu mythischen Überhöhung des Arbeiterbildes in Kunst und politischer Propaganda sowie mit einer Reihe sozialer Wohltaten, die um so mehr ins Gewicht fiel, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgte. Mögen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft auch dem Wortgeklingel der Propaganda skeptisch gegenübergestanden haben, so haben jedoch die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs verringerte Arbeitslosigkeit und die verbesserte Lebenssituation viele über die politische und gewerkschaftliche Entrechtung hinweggetröstet. Aber selbst wenn sich der Kern der ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedschaft, wenn sich die industriellen Facharbeiter als resistent gegen die Verlockungen der nationalsozialistischen Politik erwiesen hätten, so hieße das keineswegs, daß »die« Arbeiterschaft ein Potential des aktiven Widerstandes gewesen wäre. Realitätsnäher ist es wohl, von einer »Bändigung« der Arbeiterschaft auszugehen. Bändigung – das heißt vor allem: Unterwerfung durch Terror und Entrechtung, Neutralisierung etwaiger Unruhe durch begrenzte Konzessionen sowie Integration der Arbeiter in die vorgebliche Volksgemeinschaft des NS-Staates¹.

Gewerkschaftlicher Widerstand/Gewerkschafter im Widerstand

Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Bändigung der Arbeiterschaft – das sind die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand ehemaliger Gewerkschafter formierte. Für die auf Massenanhang und damit zwangsläufig auf Öffentlichkeit angewiesenen Gewerkschaften stellten sich damit Probleme, auf die sie von ihrer Struktur her nicht vorbereitet waren; und die Gewerkschaftsführer konnten sich in ihrer Mehrheit kaum mit konspirativen Kampfpraktiken anfreunden, zumal sie selbst, wenn sie nicht verhaftet waren, zumeist unter besonderer polizeilicher Kontrolle standen. Was aber kann unter den Bedingungen von Terror und Verfolgung, von Überwachung, Bespitzelung und ständiger Denunziationsfurcht Widerstand sein?

¹ Dazu Timothy W. Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u. a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53.

Der Begriff des gewerkschaftlichen Widerstandes kann sich wegen der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht normativ auf die Fortführung der überkommenen Gewerkschaftsarbeit beziehen². Obwohl z. B. von Heinrich Schliestedt, einem der wichtigsten Organisatoren der Widerstandsarbeit bei den Metallarbeitern, in einem Memorandum aus dem Jahre 1935 anvisiert, konnte eine Verbindung von illegaler politischer Arbeit und auf Öffentlichkeit angewiesenen Lohnkämpfen nur sehr selten hergestellt werden. Aber natürlich sollen die Versuche nicht unerwähnt bleiben, unter extrem schwierigen Bedingungen in einzelnen Bereichen gewerkschaftsähnliche Aktivitäten bis hin zu Streiks zu organisieren³. Diese in kleinen Gruppen durchgeführten Aktionen, die oftmals von früheren Betriebsräten oder Gewerkschaftern geleitet wurden, folgten aber im Grunde der Devise: »Lohnpolitik auf eigene Faust«⁴. Und diese Devise war bei genauerem Zusehen mit den auf breite kollektive Regelungen abzielenden Prinzipien der traditionellen Gewerkschaftspolitik nur begrenzt vereinbar.

Trotz des totalen Unterordnungs- und Strafanspruchs des nationalsozialistischen Staates sollen hier nicht alle Formen unangepaßten Verhaltens – so mutig und opferreich sie auch waren – als Widerstand bezeichnet werden. Widerstand, das war vielmehr praktisches Handeln zur Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen der nationalsozialistischen Diktatur, z. B. durch die Versuche zur Schaffung einer illegalen Gegenöffentlichkeit. Daran ist auch der gewerkschaftliche Widerstand, verstanden als Widerstand »ehemaliger« Gewerkschafter, zu messen.

Gewerkschaftlicher Widerstand, das war zunächst einmal der Versuch, den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrechtzuerhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten; es war der Versuch, den Propagandatiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die »Zeit danach« zu treffen. Widerstand von Gewerkschaftern – das war auch »Wartestand«⁵.

Mit diesen vielleicht bescheiden anmutenden Aufgaben- und Zielbestimmungen reagierten die gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen auf die gegebene Situation: Angesichts der sofort einsetzenden Terrormaßnahmen einerseits, der sich ausbreitenden abwartend-wohlwollenden Haltung weiter Kreise der Bevölkerung zum Regime

² Siehe dagegen Jürgen Harrer, Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das »Dritte Reich«, in: Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989⁴, S. 343–413, hier 371 f. und 387.

³ Vgl. dazu Günter Morsch, Streiks im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988), S. 649–689; Stefan Karner, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im »Dritten Reich«, in: Archiv für Sozialgeschichte, 21 (1981), S. 269–328.

⁴ Detlev J. K. Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.)/Gabriele Weiden (Bearb.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447–498, Zitat S. 470.

⁵ Ulrich Borsdorf, Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1982, S. 291–306, Zitat S. 299.

andererseits war wohl an eine großangelegte Widerstandsaktion ohnehin nicht zu denken; jeder Versuch, eine breite illegale Organisation aufzubauen, war zum Scheitern verurteilt. Das zeigten die Bemühungen der KPD, zunächst am Konzept der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO)-Zellenbildung festzuhalten, was 1933/1934 zu Massenverhaftungen führte. Und auch die Vorstöße in Richtung auf eine verdeckte Gewerkschaftsarbeit, die mit der Taktik des »Trojanischen Pferdes« innerhalb der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unternommen wurden, blieben erfolglos; sie trugen überdies gewiß durch die – vorgebliche – Mitarbeit von Kommunisten in der DAF zur Verunsicherung der Arbeiterschaft bei.

Gruppen im Untergrund

Erste Voraussetzung für die Formierung eines gewerkschaftlichen Widerstandes war, den Kontakt zu halten, um damit die eigene politische Überzeugung gegen den wachsenden Druck der nationalsozialistischen Propaganda zu stärken und Informationen auszutauschen. Dank geschickter Tarnung gelang es sogar bekannten Gewerkschaftsführern, diese Aufgabe zu erfüllen; das gilt z. B. für Alwin Brandes von den Metallarbeitern, für Fritz Husemann von den Bergarbeitern, und das gilt für Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften; Kaiser hatte die Aufgabe übernommen, die Renten- und Versorgungsansprüche der 1933 entlassenen christlich-nationalen Gewerkschafter zu vertreten; das erlaubte ihm vielfältige »legale« Besuche bei ehemaligen Funktionären⁶. Auch der Beruf des Vertreters bot offenbar – Bernhard Göring reiste als Zigarrenhändler, Hans Gottfurcht als Versicherungsagent durch Deutschland – gute Möglichkeiten zu verdeckten Kontakten. Relativ günstige Bedingungen fanden sich zudem in allen Berufen des Transportwesens; so ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil z. B. der Eisenbahner unter Hans Jahn und der Transportarbeiter unter Adolph Kummernuss an der Widerstandsarbeit der dreißiger Jahre hoch war, zumal diese die Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter Edo Fimmen fanden⁷. Nach Jahns Angaben besaß seine Organisation im März 1936 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1320 Funktionären. Auch die Metallarbeiter hatten wohl ein gut ausgebautes Netz von Kontakten, zu dessen Organisatoren Alwin Brandes, Heinrich Schliestedt, Max Ulrich, Richard Teichgräber, Hans Böckler und Walter Freitag gehörten. So berichtete Brandes von Kontakten zu 748 ehemaligen Metallern. Aber die »Hochrechnungen« der Zahlen von Kontaktpersonen über die »normale« Relation von Funktionären zu Mitgliedschaft (ein bis zwei Funktionäre auf ca. 1000 Mitglieder), mit denen eine Massenorganisation von vielen hunderttausend Gewerkschaftern im Untergrund rekonstruiert werden sollte, basieren wohl auf Illusionen⁸. Die von den gewerkschaftlichen Widerstandszirkeln gebildete »Illegale

Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften« verfügte wohl nicht über einen Mitgliederstamm im eigentlichen Sinne, gewiß aber über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren Tausend ehemaligen Gewerkschaftern.

Diese Kontakte und Gruppenbildungen wird man dem Widerstand zuordnen können, da sie zu gegen das Regime gerichteten Aufklärungsaktionen und zur Ausarbeitung von Zukunftsplänen für ein »anderes Deutschland« führten; zu denken ist etwa an Transport und Austausch von Tarnschriften und Informationsblättern und – natürlich – an die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern. Weder die unter dem Deckmantel von Vertreterbesuchen verborgenen Treffen mit allein mündlicher Kommunikation noch die Zirkel, die z. B. mit Flugblattaktionen wirksam wurden, waren indessen vor dem Zugriff der Gestapo sicher: Hans Gottfurcht und Heinrich Schliestedt mußten ins Ausland fliehen. Schliestedt kam 1938 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Hermann Schlimme wurde 1937 verhaftet; auch das von Hans Jahn aufgebaute Netz von Stützpunkten der Eisenbahner wurde 1937 durch Massenverhaftungen fast völlig zerschlagen; ebenso erging es dem illegalen Kreis um Alfred Fitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Auffallend ist, daß mit der Bildung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften im April 1933 und dann mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos wurden. In fast allen Gruppen, die damit Vorläuferinnen der späteren Einheitsgewerkschaft waren, arbeiteten ehemalige christliche, liberale und freie Gewerkschafter zusammen.

Tief blieb der Graben indessen zwischen diesen und den kommunistischen Gewerkschaftern. Nicht übersehen sei jedoch, daß es auch vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter kam. Am bekanntesten wurden die auf betrieblicher Ebene gebildeten Gruppen von Textil- und Metallarbeitern im Wuppertaler Raum, die im Herbst 1934 mehrere Hundert Mitglieder zählten. Sie druckten und verteilten Flugblätter, hatten auch eigene Zeitungen. Im Januar 1935 wurden diese Gruppen durch Massenverhaftungen zerschlagen. Die Betroffenen der mit großem Propagandaaufwand geführten »Wuppertal-Prozesse« fanden im übrigen ausländische Unterstützung, insbesondere durch das holländische »Wuppertal-Komitee«.

In der Folgezeit – ab 1936/37 etwa – beschränkte sich der gewerkschaftliche Widerstand im Grunde darauf, in der illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften, d. h. in Kontaktzirkeln ehemaliger Spitzenfunktionäre, Planungen für die »Zeit danach« zu diskutieren. Einen Massenkontakt konnten die Gewerkschaftsführer sicherlich nicht aufbauen, wohl aber ein verdecktes Informationsnetz, das sie zu wichtigen Ansprechpartnern gerade auch für die ins Ausland geflohenen Kollegen machte.

Anlaufstellen im Ausland

Angesichts von Verfolgung und Bedrohung der Gewerkschafter wurden frühzeitig Versuche unternommen, Anlaufstellen im benachbarten Ausland zu schaffen. Bis zum Anschluß an das Deutsche Reich (1935) bot zunächst das Saargebiet einen Fluchtpunkt für exilierte Gewerkschafter; dann übernahmen die Tschechoslowakei

⁶ Vgl. detailliert Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u. a. 1967.

⁷ Dazu ausführlich Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand. Mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen, Bonn 1983.

⁸ Dazu Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981; ders., Gewerkschaften zwischen Illusion und Aktion. Wandlungen gewerkschaftlicher Strategie vom potentiellen Massenwiderstand zur Technik der Verschwörung, in: Jürgen Schmäddeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 99–112, hier 108.

(bis 1938) sowie die Grenzregionen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Dänemarks diese Funktion, bis auch sie vom Krieg überzogen wurden. Aber es ging nicht nur darum, erste Auffangpositionen für aus Deutschland vertriebene Gewerkschafter zu schaffen, sondern eine zentrale Aufgabe war es, von diesen Stützpunkten aus die Arbeit zu koordinieren, den Informations- und Schriftenaustausch zwischen Reichsgebiet und Ausland zu organisieren.

So wurde im Herbst 1934 in der Tschechoslowakei, auf der Konferenz in Reichenberg, unter der Führung von Heinrich Schliestedt die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften gegründet. Nach Schliestedts Tod (1938) verlagerte sie ihren Sitz nach Kopenhagen zu Fritz Tarnow, dem früheren Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, der indessen nicht von allen Auslandsvertretern als Leiter anerkannt wurde. Die Auslandsvertretung wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) finanziell unterstützt – was angesichts der Verstimmung, die der Anpassungskurs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im Frühjahr 1933 und speziell der Austritt aus dem IGB am 22. April 1933 ausgelöst hatten, keineswegs selbstverständlich war.

Auch im Ausland zeigten sich vereinzelt Ansätze zur Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter. Doch letztlich fanden die von der Kommunistischen Internationale 1935 ausgegebenen Einheitsfrontparolen keinen großen Niederschlag. Zwar wurde in Frankreich parallel zu Heinrich Manns »Volksfrontinitiative« der Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter gebildet, doch mit dem Scheitern des Volksfrontversuchs und vor allem mit den »Moskauer Säuberungen« war 1937/38 auch das Ende des Koordinationsausschusses besiegelt. Zu nennen ist auch der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale in Paris gegründet wurde. Hier arbeiteten u. a. Franz Vogt, Richard Kirn und Hans Mugrauer vom (sozialdemokratischen) alten Verband zusammen mit dem Kommunisten Wilhelm Knöchel. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande nahm sich Vogt das Leben; Knöchel, der in den folgenden Jahren kommunistische Widerstandsgruppen in Deutschland organisierte, wurde 1943 verhaftet⁹.

Widerstand im Krieg

Im Krieg wurde die Situation für den innerdeutschen Widerstand von Gewerkschaftern vollends aussichtslos. Der Ausbau des Verfolgungsapparates, die Integration der Arbeiterschaft in die Kriegsanstrengungen und die Erschwerung von grenzüberschreitenden Kontakten – all das ließ die Aktivitäten der Gruppen ehemaliger Gewerkschafter im Reich fast zum Erliegen kommen. Auf die wichtigste Ausnahme – das Attentat vom 20. Juli 1944 – wird noch einzugehen sein.

Besonders hervorgehoben werden muß, daß man auch im Krieg nicht von einem etwaigen Massenrückhalt des Widerstands der Gewerkschafter sprechen kann. Mit dem Beginn des Krieges veränderten sich die Lebensbedingungen der Arbeiter und

Arbeiterinnen – abgesehen von Umstrukturierungen in der Arbeiterschaft, von zunehmendem Arbeitsdruck, von den Einberufungen und der bald steigenden Zahl von Kriegstoten – zunächst erstaunlich wenig: Gerade aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges schien eine erfolgreiche Kriegführung auch und vor allem von der sozialen Ruhe an der »Heimatfront« abzuhängen, die durch Sicherung der »Normalität« garantiert werden sollte. Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Schlacht bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu zeigen. Dennoch kam nicht die explosive Stimmung auf, die gerade die Ernährungslage im Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation einerseits, das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in Bombennächten ankündigende Katastrophe andererseits trugen zu einem Klima der Passivität bei, das von Hoffnung und Angst, von mürrischer Kritik und Unterordnung gekennzeichnet war. Daraus stachen allenfalls die Aktionen Jugendlicher hervor, ohne daß das betont unangepaßte Verhalten z. B. der »Edelweißpiraten« eindeutig als politischer Widerstand gelten kann. Und auch die im Laufe des Krieges trotz der damit verbundenen Risiken zunehmende »Bummelei«, das »Krankfeiern« oder die »Aufsässigkeit« mancher Arbeiter wird man kaum ohne weiteres als Widerstand ansprechen können. Allerdings muß man berücksichtigen, daß das für Arbeiter und Arbeiterinnen die einzigen Möglichkeiten waren, eine oppositionelle politische Haltung durch Taten zu beweisen. Und mit hohem persönlichen Risiko behaftet waren auch diese Formen des individuellen Protests – vom Erzählen politischer Witze über das »Meckern« bis hin zu den als Sabotage gewerteten Arbeitsverfehlungen.

Im Exil: Pläne für die Zeit »nach Hitler«

Für die ins Ausland vertriebenen Gewerkschafter bedeutete der Krieg, daß sie vor den deutschen Truppen weiter fliehen mußten: Schweden, England und die Schweiz wurden im Krieg zu den wichtigsten Aufnahmeländern.

In Schweden und in England wurden Landesgruppen deutscher Gewerkschafter gebildet, die den Flüchtlingen zunächst einmal Hilfestellung bei der Sicherung des nötigsten Lebensbedarfs leisteten. Sie unterstützten die Reste des Widerstandes in Deutschland, sammelten und verbreiteten Informationen, und sie versuchten, die Deutschlandpolitik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Mitarbeit in den Informationsdiensten der Alliierten. Gerade letztere folgte vielfach der Einsicht, daß die nationalsozialistische Diktatur nur von außen zerschlagen werden könne. Und schließlich arbeiteten die Landesvertretungen Pläne und Programme für den Neuaufbau der Gewerkschaften, aber auch für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der politischen Ordnung der »Nach-Hitler-Zeit« aus¹⁰.

Da ist z. B. an das von Fritz Tarnow im Dezember 1941 dem Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten vorgelegte Programm zu denken, das für die Wie-

⁹ Vgl. Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1982.

¹⁰ Programme abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Köln-Frankfurt am Main 1977, S. 248ff.

dergründung von Gewerkschaften nach dem Kriege von der Übernahme der Organisationsstruktur und -prinzipien der DAF ausging. Dieses Konzept fand weder in Stockholm noch in London nachhaltige Zustimmung: 1944/1945 legte darum die Landesgruppe der deutschen Gewerkschaften in Schweden Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland vor, die von der Auflösung der DAF und vom Aufbau einer demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation ausgingen.

Und auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England, die eng mit dem Exilvorstand der SPD in London zusammenarbeitete, entwickelte 1945 – Mitautoren waren u. a. Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Hans Jahn und Ludwig Rosenberg – einen Plan für »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung«, dessen Organisationsgrundsätze lauteten: »Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig.« Und weiter unten hieß es: »Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und bereit sind, gewerkschaftlichen Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen.«¹¹ Hier war also die Bildung von Industriegewerkschaften vorgesehen, die auf den Prinzipien freiwilliger Mitgliedschaft und politischer Unabhängigkeit basieren sollten. Zwar diskutierten Emigranten auch in der Schweiz und in Frankreich Konzepte für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, doch den stärksten Einfluß übten in der Folgezeit ohne Zweifel die im Londoner Exil entworfenen Pläne aus.

Gewerkschafter und das Attentat vom 20. Juli 1944

Die von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England entfaltete programmatische Tätigkeit leistete also eine überaus wichtige Vorarbeit für die Wiedergründung der Gewerkschaften in Deutschland nach dem Kriege; zu dessen Beendigung oder zum Sturz der Diktatur konnte sie indessen nicht direkt beitragen. Eben dies aber war das Ziel einzelner Gewerkschafter, die Kontakt zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944 hatten. Zu nennen sind vor allem Wilhelm Leuschner¹² von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV). Die Beteiligung der Gewerkschafter am Umsturzversuch folgte zum einen dem Interesse der Widerstandsgruppen daran, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den ge-

planten Aufstandsversuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Andererseits war den Gewerkschaftern klar, daß sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können.

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Mißtrauens gegen eine politische Zusammenarbeit von Vertretern so unterschiedlicher Schichten und Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer, die ausreichte, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren Leuschner und Julius Leber (SPD) als Kanzler bzw. Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte – so der letzte Entwurf einer Ministerliste vom Juli 1944 – durch Bernhard Letterhaus im Kabinett vertreten sein.

Waren auch Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften an den Beratungen der Widerstandskreise vor dem 20. Juli 1944 beteiligt, so bedeutete dies noch nicht, daß sie sich mit ihrem im Frühjahr 1933 vereinbarten Konzept der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt hätten: Das Programm Goerdelers zum Aufbau einer »Deutschen Gewerkschaft« war allzu weitgehend an der Realität der DAF orientiert. Es sah Zwangsmitgliedschaft, berufsständische Ordnung und Streikverbot vor. Und die Pläne des Kreisauer Kreises folgten werksgemeinschaftlichen Harmonievorstellungen, so daß Gewerkschaften nur für eine Übergangszeit eingeplant waren¹³.

Die Gruppen, die das Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten, waren gewiß nicht durch ein geschlossenes Programm geeint, wohl aber durch den Willen, der Gewalt Herrschaft der Nationalsozialisten ein Ende zu bereiten. Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, mußten mit schärfster Verfolgung rechnen. Einige seien erwähnt: Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken. Max Habermann vom DHV wurde verhaftet und beging Selbstmord, um unter der drohenden Folter keine Mitverschwörer zu verraten. Bernhard Letterhaus vom Vorstand des Christlichen Textilarbeiterverbandes wurde ebenso wie Wilhelm Leuschner verhaftet und zum Tode verurteilt. Leuschners häufig zitiertes Vermächtnis lautete: »Schafft die Einheit!«¹⁴

Bilanz

Es ist festzuhalten, daß die nationalsozialistische Diktatur nicht durch die Aktionen des Widerstandes – welcher Gruppe auch immer – gestürzt wurde. Das Dritte Reich endete mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den Neuanfang war es von unschätzbare Bedeutung, daß es Widerstand gegeben hatte. Dieser Widerstand hatte einen hohen Preis gefordert: Tau-

11 Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschlage fur einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, o. O., o. J. (London 1945), S. 5ff.

12 Dazu detailliert Joachim G. Leithauser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben fur die Republik, Frankfurt am Main u. a. 1962.

13 Dazu Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: J. Schmadeke/P. Steinbach (Anm. 8), S. 520–532.

14 Nach G. Beier (Anm. 8), S. 83.

sende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, wurden in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Allein 1936 wurden im Reich 11 687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen; bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der aus politischen Gründen verfolgten Häftlinge in Konzentrationslagern rund 21 000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100 000. Mindestens 25 000 Menschen wurden nach der amtlichen Statistik als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt¹⁵. Dazu zählten viele Gewerkschafter aller Richtungen.

Es waren diese Opfer, die dem politischen Neubeginn 1945 Glaubwürdigkeit verliehen; und es war der Widerstand, nicht *der* Gewerkschaften, aber *aus den* zerschlagenen Gewerkschaften, der – nach der hilflosen Politik zwischen Protest und Anpassung im Jahre 1933 – ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung im Deutschland der Nachkriegszeit Berechtigung und Nachdruck verlieh.

¹⁵ Angaben nach Manfred Funke, *Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausharren und Orientierung auf die Zukunft*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Widerstand und Exil 1933–1945*, Bonn 1985, S. 60–75, hier 66.